



SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Hauptausschuss		
Sitzungsort		
Grundschule Ländchenweg, Ländchenweg 8, 58332 Schwelm		
Datum	Beginn	Ende
11.06.2015	17:00 Uhr	18:25 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Bock, Sylvia Dr.

Kick, Hans-Werner

Philipp, Gerd E.

Tempel, Gabriele

Vertretung für Herrn Schier

Flüshöh, Oliver

Kampschulte, Matthias

Vertretung für Herrn Müller

Lusebrink, Hans-Otto

Rüttershoff, Heinz-Joachim

Stark, Wolfgang

Gießwein, Brigitta

Gießwein, Marcel

Feldmann, Jürgen

Burbulla, Johanna

Stutzenberger, Olaf

Bockelmann, Christian Dr.

Vorsitzender

Stobbe, Jochen

stellv. Vorsitzende

Hortolani, Frauke Dr.

Sartor, Christiane

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Baumeister, Dirk

Eibert, Peter

Heringhaus, Petra

Lache, Wolfhard

Lethmate, Egbert

Müller, Ursula

Rath, Christiane

Riemann, Anja

Rudolph, Heike

Rüth, Christian

Schweinsberg, Ralf

Weidner, Gabriele

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

Mitglieder

Schier, Klaus Peter
Müller, Michael

Vertretung durch Frau Tempel
Vertretung durch Herrn
Kampschulte

A Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|----|--|------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n | |
| 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 3 | Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung | |
| 4 | Mitteilungen | |
| 5 | Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates | |
| 6 | Ausschussumbesetzungen | 113/2015 |
| 7 | Benennung stellvertretender Vorsitzender für den Jugendhilfeausschuss und den Sportausschuss | 116/2015/1 |
| 8 | Antrag der SPD-Fraktion im Rat vom 12.08.2014 über beratende Mitglieder im Schulausschuss | 189/2014/2 |
| 9 | Bestellung von Rechnungsprüfer | 108/2015 |
| 10 | Neufassung der Gestaltungssatzung für den Altstadtbereich
- Anregung gem. § 24 Gemeindeordnung NRW | 109/2015 |
| 11 | Neufassung der Gestaltungssatzung für den Altstadtbereich
1. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen aus dem Bürgergespräch
2. Beschluss zur erneuten Beteiligung der Bürger | 264/2014/4 |
| 12 | Räumlichkeiten für den Betrieb der Volkshochschule und Musikschule | 050/2015/1 |
| 13 | Antrag der Partei "Die Linke" vom 13.11.2014
- Einstellung eines/r Gewerbesteuerprüfers/in | 092/2015 |
| 14 | Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 5.03.2015 - "Das städtische Museum und das Stadtarchiv führen im Jahr 2015 Ausstellungen sowie Veröffentlichungen zum Kriegsende in Schwelm und die sogenannte Stunde null durch" | 115/2015 |

- | | | |
|------|--|------------|
| 15 | Interfraktioneller Antrag der CDU, B'90/Die Grünen, FDP und SWG/BfS vom 01.04.2015 - "Solidarpakt Schwelm" | 124/2015 |
| 15.1 | Interfraktioneller Antrag der CDU, B'90/Die Grünen, FDP und SWG/BfS vom 01.04.2015 - "Solidarpakt Schwelm" | 124/2015/1 |
| 16 | Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung | |

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Bürgermeister Stobbe begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Hauptausschusses und eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung gibt er nachstehende Änderungen bzw. Ergänzungen bekannt:

Änderungen:

- zu TOP A 7
 - Benennung stv. Vorsitzender für den Jugendhilfeausschuss und den Sportausschuss – VL 116/2015 wird durch VL 116/2015/1 ersetzt
- zu TOP A 11
 - Gestaltungssatzung für den Altstadtbereich VL – 264/2014/2 wird durch VL 264/2014/4 ersetzt

Ergänzung:

- **VL 124/2015/1**
 - Interfraktioneller Antrag der CDU, B'90/Die Grünen, FDP und SWG/BfS vom 01.04.2015 „Solidarpakt“
 - wird zum Unterpunkt 15.1 der VL 124/2015

Die Änderung bzw. Ergänzung der Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

3 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

keine

4 Mitteilungen

Herr Stobbe teilt mit, dass am gestrigen Abend eine Petition zum Erhalt des Sportplatzes Wilhelmshöhe eingegangen sei. Die Petition betreffe einen in der Beratung bzw. Bearbeitung befindlichen Gegenstand. Die Kenntnisgabe an die zuständigen Stelle sei durch die zeitgleiche Zuleitung an den Fachbereiches 6 bereits erfolgt.

Über das weitere Vorgehen werde zu gegebener Zeit berichtet.

5 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates

keine

6 Ausschussumbesetzungen

113/2015

Beschluss:

Die in der Anlage 1 zur Vorlage 113/2015 dargestellten Ausschussumbesetzungen werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

NB: Bürgermeister

7 Benennung stellvertretender Vorsitzender für den Jugendhilfeausschuss und den Sportausschuss

116/2015/1

Kenntnis genommen

8 Antrag der SPD-Fraktion im Rat vom 12.08.2014 über beratende Mitglieder im Schulausschuss

189/2014/2

Beschluss:

Der Schulausschuss wird um ein beratendes Mitglied aus dem Schulelternrat erweitert.

Als beratendes Mitglied im Schulausschuss soll Frau Heidrun Liedtke teilnehmen. Vertreterin ist Frau Heike Folle.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

NB: Bürgermeister

9 Bestellung von Rechnungsprüfer

108/2015

Herr Gießwein erklärt, dass ihm die Darstellung der finanziellen Auswirkungen in der Vorlage fehle.

Frau Heringhaus verweist hierzu auf die Ausführungen im Controllingbericht.

Herr Feldmann kündigt an, in einer der nächsten Sitzungen einen Sachstandsbericht zu der Situation der entsendeten Prüfer und der Zusammenarbeit mit dem Kreis zu fordern.

Herr Stobbe erklärt, dass ein solcher Bericht gerne erstellt werden könne.

Beschluss:

Die folgende/n Mitarbeiter/in der Kreisverwaltung des Ennepe-Ruhr-Kreises werden gemäß § 1 Abs. 3 der öffentlich rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung in Verbindung mit § 104 Abs. 2 GO bestellt:

Zur Rechnungsprüferin: Frau Julia Schmedemann
Zum technischen Prüfer: Herr Eckart Klages

Die Prüfer/in Frau Ina Gottschalk und Herr Michael Pentleit werden abberufen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	15
	dafür	
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	1

10 Neufassung der Gestaltungssatzung für den Altstadtbereich 109/2015 - Anregung gem. § 24 Gemeindeordnung NRW

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass es um die Beschlussfassung der Beschlussempfehlung für den Hauptausschuss aus Vorlage 109/2015 gehe.

Herr Feldmann teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE. den im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung (AUS) gestellten Antrag aufrecht erhalte und im Rat dazu Stellung nehmen werde.

Herr Flüshöh gibt zu bedenken, dass der im AUS vorgetragene Antrag hier nicht unberücksichtigt bleiben dürfe, sondern vielmehr konsequent verfahren werden müsse.

Herr Schweinsberg erläutert zur Sachlage, dass die Sitzung des AUS mit der Auffassung begonnen worden sei, der Anregung nicht zu folgen. Im Verlauf der Sitzung habe sich dann aus der Diskussion ein abgeänderter Geltungsbereich ergeben, der zu der Erstellung der Vorlage 264/2014/4 geführt habe. Insofern sei der Einwand des Herrn Flüshöh korrekt, da der Anregung in Teilen gefolgt werde (siehe Darstellung in Vorlage 264/2014/4).

Herr Stobbe schlägt vor, in den Beschlussvorschlag zu integrieren, dass den Anregungen teilweise gefolgt werde.

Herr Stutzenberger erklärt, dass seiner Fraktion diese Änderung nicht ausreiche. Seiner Auffassung nach müssen die angeregten Bereiche, denen man folgen wolle, konkret benannt werden.

Herr Flüshöh beantragt, die Beschlussfassung in den Rat zu vertagen.

Abstimmung über den Vertagungsantrag in den Rat:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

11 Neufassung der Gestaltungssatzung für den Altstadtbereich
1. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen aus dem Bürgergespräch
2. Beschluss zur erneuten Beteiligung der Bürger

264/2014/4

Herr Feldmann erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE. ihren Antrag, die Gestaltungssatzung in ihren ursprünglichen Grenzen erneut zu beschließen, aufrechterhalte.

Herr Schweinsberg verweist hierzu auf die im AUS getroffene Vereinbarung und erklärt, dass der Antrag dann im Rat erneut zu stellen sei.

Herr Stobbe bittet Herrn Feldmann, die Antragstellung im Rat nochmals einfließen zu lassen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu entscheiden:

1. Den vorgetragenen Anregungen aus dem Bürgergespräch vom 05.05.2015 wird nicht gefolgt.
2. Der Geltungsbereich der Gestaltungssatzung wird entsprechend den Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt und Stadtplanung (siehe Anlage 3, Geltungsbereiche), dort beschlossen am 02.06.2015, geändert.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des neuen Geltungsbereiches vom 02.06.2015 eine erneute Beteiligung der Bürger (Auslegung für die Dauer von 2 Wochen) durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	16
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	

12 Räumlichkeiten für den Betrieb der Volkshochschule und Musikschule 050/2015/1

Herr Stobbe leitet ein, dass Hintergrund der Vorlage 050/2015/1 die Diskussion über die Schließung des Gebäudes Kaiserstraße gewesen sei. Aus dem hierzu gebildeten Arbeitskreis habe es eine richtungweisende Aussage gegeben, wie in der Angelegenheit weiter verfahren werden solle.

Herr Flüshöh verweist unter Bezugnahme auf den zweiten Absatz des Sachverhaltes der Verwaltungsvorlage auf die hierzu erfolgte Beschlussfassung. Angesichts der aktuellen Situation zum Haushalt 2015 sei die CDU nicht bereit, diese Zielvorgabe aufzugeben. Im Übrigen sei er im Hinblick auf die Räumlichkeiten in der Gustav-Heinemann-Schule oder Villa Extradry überzeugt, dass mit gutem Willen eine Lösung gefunden werden könne, die die Haushaltsbelastung so gering wie möglich halte.

Herr Feldmann weist darauf hin, dass die Fraktion DIE LINKE. als einzige gegen die Veräußerung des Gebäudes Kaiserstraße gestimmt habe. Sie sehen ebenfalls keine Möglichkeit der anderweitigen Unterbringung der Musikschule und der Volkshochschule, zumal eine Anmietung auch eine Kostenfrage darstelle. Er befürchte jedoch, dass bei einer Veräußerung des Gebäudes viele Schülerinnen und Schüler der Musikschule den Rücken zukehren und abwandern werden. Er plädiere dafür, die Kultur- und Volksbildung weiter zu ermöglichen und ihr den gleichen Stellenwert zu geben, wie dem Sport.

Herr Philipp schildert kurz den Werdegang der Diskussion. Nach Auffassung der SPD-Fraktion sei eine Übergangslösung nicht sinnvoll.

Frau Dr. Hotolani teilt mit, dass sie Mitglied der Arbeitsgruppe gewesen sei. Dort habe man mehrheitlich abgewogen, dass eine temporäre Übergangslösung bis zur Umsetzung der Zentralisierung der Verwaltung rechnerisch zu teuer sei. Dem Zentralisierungsaspekt wurde bei der Abwägung eine wichtige Rolle beigemessen.

Frau Gießwein schildert hingegen ihre Auffassung, die sie aus der Arbeitsgruppe mitgenommen habe. Danach seien die Teilnehmer ziemlich ratlos auseinandergeschieden. Sie selbst habe noch mehrfach nach den jeweiligen Auswirkungen der jeweiligen Überlegungen auf den Haushalt gefragt und vorgeschlagen, in den Fraktionen nochmals die Möglichkeit zu beraten, die bestehende Situation bis zum nächsten Jahr belassen zu können.

Frau Burbulla erklärt, bereits in der Arbeitsgruppe deutlich ausgeführt zu haben, dass sie das Aufgeben und Leerziehen eines Gebäudes, um ein anderes wesentlich teureres Gebäude anzumieten, für einen Schildbürgerstreich halte. Sicher sei man ratlos gewesen, da die Maßnahme bereits im Haushalt stehe. Hier sehe sie aber vielmehr den Kämmerer gefragt, eine andere Konsolidierungsmaßnahme als Ausgleich zu finden.

Herr Flüshöh stimmt zu, dass es nicht sein könne, das Gebäude Kaiserstraße aufzugeben, um an anderer Stelle teurere Flächen anzumieten. Er gehe aber davon aus, dass es Räumlichkeiten gebe, über die nachgedacht werden könne. Er verweist auf Breckerfeld, die die VHS nur in Schulgebäuden unterbringe. Darüber hinaus stellt er in Frage, wie die erheblichen Sanierungsbedarfe des Gebäudes Kaiserstraße ohne Steuererhöhungen gedeckt werden sollen. Im Übrigen habe er sich vor Ort selbst ein Bild von der Situation in dem Gebäude Kaiserstraße gemacht, dass danach seines Erachtens keine Optimallösung darstelle.

Herr Gießwein teilt mit, dass er davon ausgehe, dass die Verwaltung an dieser Stelle die Vorlage zurückziehe. Die Maßnahme sei im Übrigen im Haushalt 2016 immer noch nicht vermerkt. Er dachte, dass die verschiedenen Möglichkeiten wie z.B. GHS oder Grundschule Ländchenweg bereits von der Arbeitsgruppe geprüft worden seien. Wichtig sei, bis zum Jahresende neue Räumlichkeiten für eine vernünftige Übergangslösung zu finden.

Herr Stobbe ist im Hinblick auf die in der Arbeitsgruppe geführte Diskussion erstaunt, nun eine andere zu vernehmen. Aus der Erörterung in der Arbeitsgruppe sei die Tendenz aufgegriffen worden – auch im Hinblick auf die Kosten eines Umzugs –, bis zur Umsetzung der Zentralisierung der Verwaltung das Gebäude Kaiserstraße weiter zu nutzen.

Herr Dr. Bockelmann führt als zusätzliche wichtige Frage zur Aufnahme in die Vorlage 129/2015 an, ob das beabsichtigte Vorgehen überhaupt mit der Aufsicht abgesprochen worden sei.

Herr Schweinsberg erwidert, dass die Vorlage keine vorweggenommene Etatberatung darstelle und auf viele Themen nicht eingehe. Sie beziehe sich lediglich auf aktuelle Forderungen der Bezirksregierung.

Frau Dr. Hortolani unterbreitet als Kompromissvorschlag, die Beratungszeit um ein Jahr zu verlängern, mit dem Hinweis, dass der Kämmerer vielleicht eine anderweitige Möglichkeit sehe, dass haushaltstechnisch auszugleichen.

Nach weiterer kritischer Diskussion erklärt der Bürgermeister, dass die Verwaltung die Vorlage zurückziehe.

13 Antrag der Partei "Die Linke" vom 13.11.2014 092/2015
- Einstellung eines/r Gewerbesteuerprüfers/in

Herr Feldmann räumt ein, dass er den von Seiten der Verwaltung dargestellten Sachverhalt schon so nachvollziehen könne, verweist aber auch auf die vielen Städte, in denen der Einsatz von Gewerbesteuerprüfern/innen bereits erfolgreich erfolge.

Denkbar wäre zunächst eine Einstellung für drei Jahre, um dann zu prüfen, ob Synergieeffekte erzielt werden können.

Herrn Flühöh ist bekannt, dass einige Städte, jedoch anderer Größenordnung, einen derartigen Einsatz praktizieren. Doch wenn die Verwaltung zum Ausdruck bringe, zum jetzigen Zeitpunkt mit der Maßnahme Schwierigkeiten zu haben, biete sich ggf. an, nach einiger Zeit Erfahrungswerte anderer Städte gleicher Größenordnung wie Schwelm einzuholen und dann eine Entscheidung zu treffen.

Herr Schweinsberg erläutert anhand der Beispiele Köln und Bonn den Unterschied zu den Verhältnissen und möglichen Einsparungen in Schwelm.

Für Herrn Stobbe ist auch fraglich, ob überhaupt eine Auslastung eines solchen Gewerbesteuerprüfers/in erreicht würde.

Herr Feldmann erklärt sich mit dem Vorschlag des Herrn Flühöh einverstanden und zieht den Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 13.11.2014 zurück.

Die Verwaltung wird zu gegebener Zeit neue Erkenntnisse vorlegen.

14 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 5.03.2015 - "Das 115/2015
städtische Museum und das Stadtarchiv führen im
Jahr 2015 Ausstellungen sowie Veröffentlichungen
zum Kriegsende in Schwelm und die sogenannte
Stunde null durch"

Herr Feldmann erläutert, dass sich die Fraktion DIE LINKE. zur Antragstellung veranlasst sah, nachdem von Seiten der Verwaltung keine Aktivitäten zu erkennen waren.

Ebenso sei seinerzeit zum Thema Kulturhauptstadt und Kriegsende 2014 von Seiten des Museums nichts unternommen worden. Zum Museum bittet Herr Feldmann um eine Diskussion im nichtöffentlichen Sitzungsteil.

Ohne Einwände wird die Vertagung der Vorlage vereinbart.

15 Interfraktioneller Antrag der CDU, B'90/Die Grünen, FDP und SWG/BfS vom 01.04.2015 - "Solidarpakt Schwelm" 124/2015

Siehe Ausführungen zu TOP A 15.1!

15.1 Interfraktioneller Antrag der CDU, B'90/Die Grünen, FDP und SWG/BfS vom 01.04.2015 - "Solidarpakt Schwelm" 124/2015/1

Herr Stobbe erläutert die Hintergründe für die hinzugekommene Vorlage 124/2015/1.

Herr Gießwein kritisiert die unvollständige Wiedergabe des Antragsinhalts. Punkt 3 des interfraktionellen Antrags fehle vollständig.

Herr Philipp erklärt, dass der in der Vorlage 124/2015 wiedergegebene Sachverhalt die von Seiten der SPD, Grüne und FDP im Kreistag vorgetragene Version wiedergebe.

Die SPD stimme dem Antrag zu, jedoch unter Aufnahme der nachstehenden Protokollnotiz:

"Die SPD Fraktion stimmt zu aus dem Geist des gemeinsamen Antrages der Kreistagsfraktionen von SPD, Grüne und FDP vom 4. 12. 2014"

Nach weiterer kurzer Erörterung ruft der Bürgermeister zur Abstimmung über Vorlage 124/2015/1 auf.

Beschluss:

Dem interfraktionellem Antrag der CDU, B'90/Die Grünen, FDP und SWG/BfS wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

16 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

Herr Flühöh bezieht sich auf eine E-Mail zur Zentralisierung, nach der die Aufsicht zum jetzigen Zeitpunkt keine Mittel für die Erstellung von Gutachten mehr freigebe, bis der Haushalt 2015 genehmigt sei.

Er wird auf eine vorgesehene Mitteilung im anschließenden Finanzausschuss verwiesen.

Herr Gießwein erklärt, dass die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses in der Vergangenheit zu Spielplatzeröffnungen eingeladen worden sei und kritisiert, dass dies bei der kürzlich vorgenommenen Eröffnung nicht geschehen sei.

Herr Stobbe sagt nach Rücksprache mit dem Fachbereichsleiter Herrn Eibert zu, dies zukünftig wieder zu beachten.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 12 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 15.06.2015	Schritfführerin gez. Söhner	Der Bürgermeister gez. Stobbe
-------------------------	-----------------------------------	-------------------------------------